Presseinformation

17. M rz 2003

Kranzl stellte Sozialbericht 2002 vor

Deutliche Steigerungen in allen Bereichen

Bisher sei die Präsentation des Sozialberichts eine Dokumentation über die Leistungen des Landes gewesen. Jetzt sei dieser Sozialbericht ein Alarmsignal. Das sagte Landesrätin Christa Kranzl bei der Präsentation des Sozialberichts 2002 in einer Pressekonferenz in St. Pölten. Das beginne schon mit den Schulden: Im Vorjahr seien über 7.000 Menschen in die Schuldnerberatungsstellen gegangen, so viele wie noch nie. Zeige der Bericht der NÖ Schuldnerberatung eine steigende Überschuldung der Niederösterreicher auf, so zeige der Sozialbericht, dass noch nie so viele Menschen Sozialhilfe in Anspruch nehmen mussten. Dies sei vor allem durch die extrem hohe Arbeitslosigkeit zu erklären. 54.000 Niederösterreicher seien arbeitslos. Aber auch höhere Abgaben und Gebühren sowie Kostensteigerungen würden, argumentierte Kranzl, schmerzhafte Lücken in der Geldbörse verursachen.

Im Bereich der „Hilfe zur Sicherung des Lebensbedarfs“ sei die Anzahl der Dauerhilfenberechtigten mit einer Gesamtsumme von 14.791.201 Euro im Jahr 2001 auf 15.937.671 Euro gestiegen, meinte Kranzl. Dies sei eine Steigerung um 7,8 Prozent. Die Anzahl der Menschen, die um einmalige Hilfe ansuchen mussten, sei von 5.000 im Jahr 2001 auf 5.900 im Jahr 2002 gestiegen. Unter dem Titel „Hilfe zur Sicherung des Lebensbedarfs“ seien 2001 16.679.420 Euro aufgewendet worden, 2002 sei dieser Betrag um 9,1 Prozent auf 18.191.193 Euro gestiegen. Im Bereich „Hilfen in besonderen Lebenslagen“ sei die Steigerung, so Kranzl, von 2001 auf 2002 noch augenscheinlicher. Hätte man 2001 126 Beihilfen mit einer Summe von 263.586 Euro gewährt, so sind sie im Vorjahr auf 262 Empfänger und 557.751 Euro gestiegen. Bei den „Sozialen Diensten“ – Krankenhilfe, Altenhilfe, Heimhilfe, Familienhilfe und therapeutische Hilfe – hätte die Steigerung von 2001 auf 2002 7,3 Prozent betragen.

Ein „Sozialschmarotzertum“ als Empfänger der Sozialleistungen könne durch die strengen Prüfungen auf Gemeindeebene, durch die Bezirkshauptmannschaften und durch die zuständige Abteilung des Landes ausgeschlossen werden, umso mehr, weil es um Steuergelder gehe, die so effizient wie möglich eingesetzt werden müssten, sagte Kranzl. Die Alarmzeichen des „Berichts der NÖ Schuldnerberatung“ und des Sozialberichts 2002 müssten ernst genommen werden. Sie forderte einen Belastungsstopp, besonders für die unteren Einkommen, um die Situation nicht noch weiter zu verschärfen.

Zu diesem Artikel gibt es eine unterstützende Audiodatei. Diese ist zum Download nicht

E-Mail: presse@noel.gv.at

Presseinformation

mehr verfügbar. Bitte wenden Sie sich an: presse@noel.gv.at

E-Mail: presse@noel.gv.at